

Forum für eine Erneuerung der politischen Kultur in Köln

• Unsere Überzeugung, Ziele und Werte •



Wir sind ein parteiunabhängiger Zusammenschluss Kölner Bürgerinnen und Bürger, die folgende Überzeugung eint:

Unsere Stadt hat vor allem dank ihrer engagierten Bürgerschaft ein großes Potenzial zur Zukunftsentwicklung und Bewahrung bzw. Schaffung lebenswerter Verhältnisse. In scharfem Kontrast dazu steht die reale Entwicklung Kölns mit ihren großen und kleinen Katastrophen vom Stadtarchiv-Einsturz über das Planungsdesaster bei der Bühnensanierung bis zum Kalkberg, mit, Konzeptions- und Abstimmungsmängeln, kurzsichtigen Stadtentwicklungsentscheidungen, Vetternwirtschaft und Geldverschwendung bei städtischen Projekten sowie dem Trend zur Verwahrlosung der Stadt und der kommunalen Einrichtungen. Wir sehen darin eine Folge von Versäumnissen und Verantwortungsdefiziten in Teilen von Politik, Verwaltung und kommunalen Betrieben, denen neben den persönlichen Fehlleistungen in den Führungsebenen auch strukturelle politische Übel zugrunde liegen, vor allem die neoliberale „Verschlankung“ der öffentlichen Dienste seit ca. 30 Jahren und die Unterfinanzierung der deutschen Großstädte.

Die notwendige Umkehr dieser Entwicklung kann unserer Meinung nach nicht allein aus den durch Wahlen legitimierten Strukturen heraus gelingen, sondern erfordert in einer offenen Zivilgesellschaft immer mehr das parteiunabhängige und konstruktive Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

In der Schaffung eines Forums für dieses Engagement sehen wir ein Gebot der Demokratie, um das Feld nicht populistischen Schreihälsen zu überlassen. Wir sind überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement die Verantwortung demokratisch gewählter Volksvertreter im Rat nicht ersetzen, aber unbedingt ergänzen und befördern kann.

Dabei lassen wir uns von folgenden Werten leiten:

Gemeinwohlorientierung – das heißt Freiheit von Lobby- und Einzelinteressen, die eine solidarische Entwicklung der Stadtgesellschaft in Frage stellen.

Unabhängigkeit – das heißt Freiheit von eigenen wirtschaftlichen, Karriere- oder parteipolitischen Interessen im Zusammenhang mit unserem Engagement.

Demokratieverbundenheit – das heißt Verteidigung des Prinzips der repräsentativen Demokratie bei gleichzeitiger Öffnung der demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien gegenüber dem kritischen Engagement der am Wohl des Gemeinwesens interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Sachorientierung – das heißt Begründung von Einwänden gegen Entscheidungen von Rat und Verwaltung durch fundierte Expertise und Sachargumente.

Dialogbereitschaft – das heißt Verzicht auf „Politikerbeschimpfung“ und „Köln-Bashing“ zugunsten der konstruktiven Auseinandersetzung.

Den Anstoß zu unserem Handeln gab am 3. März 2009 die Zerstörung des Stadtarchivs und die Erkenntnis, dass diese Katastrophe hätte verhindert werden können. Dies aber scheiterte an einer Verkettung von Versäumnissen und massiven Verantwortungsdefizite auf Seiten von Politik und Verwaltung. Ziel unseres Handelns ist die Veränderung der Verhältnisse, die diese Versäumnisse und Defizite befördert haben.

Defizite in der politischen Kultur und der Verwaltungsorganisation

Seitens der Politik vermissen wir den Willen zur strategischen Steuerung; übergeordnete langfristige Ziele sind kaum erkennbar bzw. werden weder vermittelt noch glaubwürdig verfolgt. Parteitaktische Ziele beeinflussen die Entscheidungsfindung im Rat oft in höherem

Maße als Sachargumente und unabhängige Expertenmeinungen, die im Übrigen häufig gar nicht erst eingeholt werden. Ob Ratsbeschlüsse überhaupt umgesetzt werden, wird scheinbar von niemandem kontrolliert.

Die Verwaltung wiederum ist in der Wahrnehmung von außen geprägt durch Fragmentierung und mangelhafte Koordinierung der Planung, abgeschottetes Silodenken, Zersplitterung von Zuständigkeiten, schwerfällige Prozesse und in Teilen eine Verhinderungsmentalität. In internen Befragungen beklagen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die gleichen Defizite, verschärft durch teilweise dramatischen Personalmangel. Der erhöhte Krankenstand spricht Bände.

Trotz unterstellter bester Absichten und hoher Fachkompetenz der überwiegenden Mehrheit der 19.000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung erleben wir in Köln Fehlplanungen und Verschleierungen, Verzögerungen und Kostenüberschreitungen sowie eklatante Mängel im Umgang mit Anliegen der Bürger. Ansätze zur Reform der Verwaltung prallen bisher immer wieder auf folgendes Hindernis: die gegenwärtigen Zustände sind das Ergebnis komplizierter gegenseitiger politischer Rücksichtnahmen, gewachsener personeller Besitzstände und einer verfestigten Scheu vor der Übernahme von Führungsverantwortung.

Von einer schwachen öffentlichen Hand aber profitieren vor allem die stärksten „privaten Hände“, die ihre Interessen zum Nachteil des Gemeinwohls durchsetzen und sich die Stadt zur Beute machen können. Durch Fehlsteuerungen werden außerdem immer wieder öffentliche Gelder auf Kosten der Allgemeinheit verschwendet.

Ein Wandel der politischen Kultur in Köln ist dringend erforderlich und möglich

Wir fordern von den Ratsmitgliedern die Fähigkeit, sich mehrheitlich auf gemeinwohlorientierte langfristige strategische Entwicklungsziele für unsere Stadt zu einigen, den Mut, ihre Entscheidungen an diesen Zielen auszurichten, und die Entschlossenheit, die Umsetzung ihrer Beschlüsse durch die Verwaltung zu kontrollieren. Dafür muss die Politik den Reformprozess der Stadtverwaltung unterstützen und die Mittel zur Behebung von Personalengpässen bereitstellen.

Wir möchten verhindern helfen, dass kurzfristige Fehlentscheidungen die langfristigen Entwicklungschancen dieser Stadt ruinieren. Deshalb fordern wir, dass Sach-, Personal- und Finanzentscheidungen von Rat, Verwaltung und öffentlichen Unternehmen der Stadt Köln anhand von Erwartungen nachvollziehbar sind, die wir im Anhang formulieren.

Forum für Einmischung der Stadtgesellschaft

Für diese Ziele bieten wir ein Forum, um Kompetenz und fachliches Know-how aus der Bürgerschaft parteiunabhängig zu erschließen, zu bündeln und wirksam in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Wir stützen uns auf die Arbeit zahlreicher Bürgerinitiativen, die sich gegen Fehlentwicklungen wehren bzw. eigene Entwicklungsvorstellungen vertreten. Wir informieren so gut wir können über ihre Arbeit und machen uns selbst die Punkte zu Eigen, die das Gemeinwohl der gesamten Stadtgesellschaft betreffen.

Wir verfolgen unsere Ziele, indem wir:

- die Tätigkeit von Rat, Verwaltung und Ausschüssen verfolgen, um auf erkennbare Fehlentwicklungen öffentlich aufmerksam zu machen;
- über unseren Newsletter Informationen und Hintergründe verbreiten;
- Sachargumente und von anerkannten Experten gestützte Alternativpositionen zur Verwaltungsmeinung sammeln, entwickeln und dokumentieren, auf deren Grundlage Bürger auf die kommunalpolitische Entscheidungsfindung einwirken können;
- Diskussionsveranstaltungen zu stadtweit diskutierten Themen organisieren bzw. fördern und unterstützen;
- den konstruktiven Dialog mit Politik und Verwaltung suchen, um bürgerschaftliches Engagement zur Verbesserung unseres Gemeinwesens für Entscheidungsprozesse fruchtbar zu machen;
- die Mobilisierung der Bürgerschaft gegen Entscheidungen unterstützen, die unserer Stadt zu schaden drohen.

Anhang: Erwartungen an die Qualität kommunalpolitischer Entscheidungen

1. **Durchschaubarkeit:**
Wurde die Öffentlichkeit frühzeitig, umfassend und verständlich informiert? Wurde verdeutlicht, wem das Projekt nutzt und wem es schaden kann? Wurde eine Chancen/Risiken-Einschätzung vorgelegt und wie sehen Verträge mit gegebenenfalls an der Ausführung beteiligten Dritten aus?
2. **Beteiligung:**
Wurden Betroffene frühzeitig und verständlich informiert und einbezogen? Wurde der Rat externer Experten eingeholt? Wie wurde mit den Empfehlungen umgegangen?
3. **Alternativen:**
Wurde in Beschlussvorlagen über umstrittene Vorhaben deutlich gemacht, welche alternativen Vorschläge aus der Bürgerschaft vorliegen bzw. welche Einwände gegen die Maßnahme bestehen? Wurde überzeugend dargelegt, aus welchen Gründen diese gegebenenfalls übergangen werden sollten?
4. **Nachhaltigkeit/Wirksamkeit:**
Wurde verdeutlicht, welche langfristige Wirkung durch den Beschluss erzielt werden soll und wie geprüft wird, ob die angestrebten Ziele erreicht werden?
5. **Wirtschaftlichkeit/Sparsamkeit:**
Wie wurde gewährleistet, dass der Beschluss die langfristig wirtschaftlichste Lösung darstellt und nicht einfach nur kurzfristig am „billigsten“ ist? Wurde überzeugend dargelegt, inwieweit das Vorhaben das Ziel der Haushaltskonsolidierung fördert bzw. gefährdet. Ist nachvollziehbar, für welche kommunalen Aufgaben und Ziele durch den Beschluss gegebenenfalls weniger Ressourcen zur Verfügung stehen und wie wird dies begründet?